

Antrag

Initiator*innen: CampusLINKE (dort beschlossen am: 22.05.2026)

Titel: Zivilklausel der Studierendenschaft

Antragstext

1 Das Studierendenparlament (StuPa) beauftragt den Studentischen Sprecher*innenrat
2 (SSR) und die gewählten Vertreter*innen des StuPas erneut, sich vor der
3 Universitätsleitung und dem Studierendenwerk gegen die Werbung von
4 universitätsexternen Betreibern einzusetzen.

5
6 Insbesondere zu beanstanden sind Werbekampagnen der Bundeswehr oder anderer
7 nicht-ziviler Akteur*innen; die aktuell laufende Werbung für ein duales Studium
8 bei der Bundeswehr kritisieren wir aufs Schärfste.

9
10 Das StuPa weist alle Versuche aus Politik und Wirtschaft zurück, die Hochschule
11 als Raum für militärische Forschung und Rekrutierung zu erschließen. Es erneuert
12 seine Forderung nach einer Zivilklausel für die Universität und bekräftigt den
13 Beschluss "Klein Platz für's Militär" aus dem (damals) Studentischen Konvent
14 2014.

15
16 Das Studierendenparlament verhängt deshalb eine Zivilklausel für die
17 Studierendenvertretung (stuv): Kooperationen der stuv dürfen ausschließlich mit
18 zivilen Akteur*innen oder Organisationen eingegangen werden und müssen zivilen
19 Zwecken dienen.

Begründung

Neuer Dings wird in der Mensa Hubland Süd regelmäßig Werbung zum dualen Studium bei der Bundeswehr auf den Bildschirmen geteilt. Wir hatten bereits beschlossen, dass wir uniexterne Werbung nicht gut finden und selbst wenn es um ein duales Studium geht, sehen wir nicht den Bezug zu unserer eigenen Universität als gegeben.

Wir stufen die großangelegte Werbung für die Bundeswehr als kritisch ein, weil es die Realität und die allgemeine Wahrnehmung von Krieg verzerrt. Dagegen wollen wir uns unbedingt stellen und dagegen vorgehen.

Hinzu kommt, dass wir auch Studis aus anderen Ländern an unserer Universität lehren, die vielleicht schlechte Erfahrungen mit Krieg gemacht haben und durch solche Werbung getriggert werden könnten.

Wir wollen ebenso kein Teil der fortschreitenden Militarisierung Deutschlands sein, welche ein Aufkochen internationaler Spannungen anregt, und die Aufrüstungspolitik anderer Staaten und Akteure befeuert. Die Entscheidung der Bundesregierung Aufrüstungspolitik zu betreiben, sehen wir als fatalen Fehler, da Deutschland dadurch die Aufrüstungsspirale befeuert.

Des Weiteren soll künftig ein Musterungszentrum in Würzburg entstehen, dagegen wollen und müssen wir uns ebenfalls öffentlich aussprechen und damit klar gegen solche Strukturen in unserer Stadt und Universität, die Kriege befeuern, aussprechen.

<https://www.bundeswehr.de/de/menschen-karrieren/neuer-wehrdienst/musterung/musterungszentren>

Anzufügen ist hier auch der Antrag von Daniel Janke: Würzburg, 6. November 2014 „Kein Platz für's Militär!“ im Studierenden Parlament Würzburg.